



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2023

Kleine Anfrage

Florian Schneider (SPD) vom 14.04.2023

Speicherung sensibler Daten im Zusammenhang mit der Extremismusbekämpfung des Innenministeriums – Teil III

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Nach Beginn des noch immer anhaltenden russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wurden in den sozialen Medien unterschiedliche Fake-News-Kampagnen gelauncht, um die russische Narrative in der breiten Masse zu verbreiten. Für die sich daraus ergebende Gefahr für die breite Bevölkerung wurden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung von Desinformationen zu verhindern und die Verantwortlichen ausfindig zu machen. Die dafür verfügbaren Mittel wurden ebenfalls sowohl vom Bund als auch vom Land bereitgestellt und in bereits existierende Präventionsprogramme investiert. Zusätzlich wurde ein neues Netzwerk geschaffen, das sich mit Verschwörungstheorien und deren Aufklärung beschäftigt. Im Umgang mit den erhobenen Daten ist nicht klar, inwiefern diese gespeichert werden und in welchem strukturellen Aufbau diese erhoben und ausgearbeitet werden. Zudem ergibt sich aus den Beschreibungen der einzelnen Initiativen keinerlei Auskunft bezüglich der statistischen Nachweisbarkeit der Auswirkungen auf die hessischen Bürgerinnen und Bürger von Online-Extremismus.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Die Landesregierung stellt sich entschlossen gegen jedwede Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Neben der erfolgreichen repressiven Bekämpfung der politischen Kriminalität durch die hessischen Sicherheitsbehörden, kommt der Präventionsarbeit und Demokratieförderung sowie der Deradikalisierung besondere Bedeutung zu. Hierzu wurden von der Hessischen Landesregierung bereits vielfältige Maßnahmen erfolgreich eingeleitet. Dazu gehört u. a., dass unter der Verantwortung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) eingerichtete Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE). Seit seiner Gründung im Jahr 2013 koordiniert das HKE die landesweiten präventiven Aktivitäten für Demokratie und Toleranz und gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen in allen Phänomenbereichen in Hessen.

Aufgabe des HKE ist zudem die Umsetzung des sich mittlerweile in der zweiten Förderperiode befindlichen Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, um die Projektarbeit und Förderlandschaft im Bereich der Extremismusprävention in Hessen nachhaltig fortzuentwickeln und somit wirkungsvoll zu verstetigen. Mehr als 120 geförderte Maßnahmen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Träger richten sich sowohl an Einzelpersonen, Schulen, Vereine, Kommunen als auch an Hochschulen und Universitäten. Inhaltlich umfassen diese Angebote allgemeine Projekte zur Stärkung von Toleranz-, Empathie-, Diskurs- und Demokratiefähigkeit, aber auch spezifische Angebote in Form fallbezogener Beratungsgespräche für Angehörige, das soziale Umfeld von Radikalisierten sowie für die Arbeit mit Radikalisierten selbst.

Als weitere wesentliche Säule der ganzheitlichen Extremismusprävention wurde in Hessen im Mai 2022 das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation gegründet. Als zentraler Baustein des Präventionsnetzwerks wird das Internet-Portal „Der Fabulant“ (→ <https://www.derfabulant.de/>) aus Mitteln des Landesprogramms gefördert. Bei dem Internet-Portal handelt es sich um ein Informations- und Kommunikationsportal zur Herstellung von Handlungssicherheit im Umgang mit Verschwörungserzählungen. Das Herzstück des Portals sind regelmäßig erscheinende Berichte und Einschätzungen zu bewährten sowie neu auf-

trehenden Verschwörungserzählungen und Desinformationen. Die Inhalte des Portals werden zusätzlich mit Videos unterschiedlicher Formate sowie einer Social Media Strategie begleitet. In einem monatlichen Bericht werden aktuelle Trends und Akteurinnen und Akteure eingeordnet. Außerdem bietet die Internetseite seriöse Hilfsadressen und Tipps für den Umgang mit Verschwörungsmethoden und denen, die an sie glauben.

Als Teil des Aktionsprogramms „#HESSENGEGENHETZE“ gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hass im Internet richtete die Hessische Landesregierung am 16.01.2020 die staatliche Meldestelle HessenGegenHetze ein. Diese ist im Hessen CyberCompetenceCenter des HMDIS angesiedelt. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Behörden sowie zahlreiche weitere Stellen können sich an die Meldestelle wenden, wenn sie von Hate Speech betroffen sind oder hassgeladene, extremistische oder strafbare Äußerungen im Internet entdecken. Inhalte können – auch anonym – über ein Formular auf → www.hessengegenhetze.de, per E-Mail oder telefonisch gemeldet werden.

Die gemeldeten Beiträge werden von der Meldestelle dokumentiert, bewertet und je nach Relevanz an zuständige Behörden weitergeleitet. Dazu arbeitet die Meldestelle eng mit dem Hessischen Landeskriminalamt (HLKA), der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT), dem Bundeskriminalamt – Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen zusammen. Bei Bedarf vermittelt sie Betroffene an Beratungs- und Unterstützungsangebote staatlicher und nichtstaatlicher Partnerinnen und Partner.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Kultusminister wie folgt:

- Frage 1. Wie viele finanzielle Mittel hat die Landesregierung insgesamt im Aufbau und der Umsetzung des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation tatsächlich genutzt?
- Frage 2. Wie viele finanzielle Mittel hat die Landesregierung insgesamt im Aufbau und der Umsetzung für das Internet-Portal: „Der Fabulant“: Verschwörungserzählungen entlarven tatsächlich genutzt?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation zeichnet sich durch die gemeinsame Arbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure sowie die Expertise aus Wissenschaft und Forschung aus. Dabei kann insbesondere auf die umfangreichen Angebote zugegriffen werden, die bereits durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert werden. Im Rahmen des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation wird ebenfalls aus dem Landesprogramm das Projekt „Der Fabulant – Informations- und Vernetzungsportal gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation“ gefördert. In den Jahren 2022 bis 2024 werden für das Projekt insgesamt Fördermittel in Höhe von bis zu 640.000 € bereitgestellt. Wieviel der Fördersumme tatsächlich verbraucht wurde, kann erst am Ende des Förderzeitraums abschließend festgestellt werden.

Darüber hinaus ist das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation nicht mit weiteren eigenen Mitteln hinterlegt.

- Frage 3. Wie viele finanzielle Mittel hat die Landesregierung insgesamt im Aufbau und der Umsetzung für das Programm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ tatsächlich genutzt?

Seit Bestehen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ wurden in den Jahren 2015 bis 2022 Fördergelder in Höhe von rund 47,5 Mio. € ausgezahlt.

- Frage 4. Wie plant die Landesregierung besonders jüngere Kinder vor extremistischen Inhalten zu schützen, da diese aufgrund der Komplexität des Themas leicht durch das Raster der o.g. Programme fallen können?

Die Vermittlung von Demokratie und Grundwerten als Präventionsmaßnahme gegen Extremismus ist bereits in der Grundschule verortet. So sieht der Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren in Hessen vor, dass Kinder das Demokratieprinzip als „gelebte Alltagsdemokratie“ erfahren. Die Kinder erwerben demokratische Kompetenzen wie Gesprächsregeln und Gesprächsdisziplin, Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen sowie Sicherheit im Umgang mit demokratischen Aushandlungsprozessen. Zu den Werten und Orientierungskompetenzen, die der Bildungs- und Erziehungsplan nennt, gehören das Gefühl der Zugehörigkeit zur eigenen Kultur, die Sensibilität für und die Achtung von Andersartigkeit und Anderssein, solidarisches Handeln, ein sozial und ökologisch verantwortlicher Umgang mit der eigenen Handlungsfreiheit sowie die Unvoreingenommenheit gegenüber Personen mit anderen Werten, Einstellungen und Sitten.

Schülerinnen und Schüler sollen zudem über Kompetenzen verfügen, um selbstbestimmt und verantwortungsvoll an einer zunehmend durch die Digitalisierung geprägten Gesellschaft teilzuhaben. Die Förderung und Sensibilisierung für einen bewussten Umgang mit (Falsch-)Informationen, Hate Speech und Verschwörungstheorien, die auch extremistische Hintergründe haben können, sind ein wichtiger Teil des Medienkompetenzerwerbs. Dieser ist in einem verbindlichen Kompetenzrahmen definiert, den die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder im Rahmen der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ verabschiedet haben. Die Kompetenzen sollen fachübergreifend und fächerverbindend als Querschnittsaufgabe jeder Schülerin und jedem Schüler bis zum Ende der Pflichtschulzeit vermittelt werden.

Die Vermittlung von Medienkompetenzen ist eine Schwerpunktaufgabe von Schulen und wird mit dem im Jahr 2019 aufgelegten Landesprogramm Digitale Schule Hessen forciert. Um Lehrkräfte bei der Vermittlung von Medienkompetenzen zu unterstützen, hat das Hessische Kultusministerium (HKM) den Schulen bereits im Jahr 2019 den „Leitfaden Medienkompetenz – Bildung in der digitalen Welt“ zur Verfügung gestellt, der die einzelnen Kompetenzbereiche darstellt und Unterrichtsmaterialien für alle Fächer bereithält. Darüber hinaus wurde das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte ausgebaut und wird kontinuierlich erweitert. Unter anderem können sich Lehrkräfte in landesweiten Fortbildungsreihen zu Jugendmedienschutzberaterinnen und -beratern an weiterführenden Schulen oder Medienschutzberaterinnen und -beratern an Grund- und Förderschulen qualifizieren lassen. Darüber hinaus stehen an allen Staatlichen Schulämtern mit den Fachberaterinnen und Fachberatern Medienbildung Ansprechpersonen für Schulen in Fragen des präventiven Jugendmedienschutzes bereit. Schulen erhalten zudem Unterstützung bei der Gestaltung pädagogischer Tage zu Fragen der Medienkompetenzförderung durch die Staatlichen Schulämter.

Zur Medienkompetenzförderung in allen Fächern stehen den hessischen Schulen zusätzlich vielfältige Projekte mit Unterstützung von Kooperationspartnerinnen und -partnern des Landes wie dem Hessischen Rundfunk (hr), der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR), den „Digitalen Helden“ oder den hessischen Universitäten zur Verfügung. Die Angebote umfassen u. a. Unterrichtsmaterialien und Schülermedientage des hr, medienpädagogische Projekte für den gezielten Kompetenzaufbau in der Grundschule, wie das Internet-ABC in Kooperation mit der LPR, das Mentorenprogramm der „Digitalen Helden“ für weiterführende Schulen oder gezielte jährliche medienpädagogische Fachveranstaltungen, etwa der Hessischen Lehrkräfteakademie in Kooperation mit der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Zudem hat die Landesregierung gerade vorgestellt, auf welche Weise die vielfältigen Angebote und Projekte mit weiteren Partnern wie der Medienanstalt Hessen, der Landeszentrale für politische Bildung, dem Hessischen Rundfunk und Hitradio FFH zusätzlich mithilfe des neuen Strategieforums Medienkompetenz gebündelt, entwickelt und noch einfacher zugänglich gemacht werden können.

Im Schuljahr 2022/2023 wurde zudem eine Beratungsstelle „Jugend und Medien Hessen“ im Hessischen Kultusministerium eingerichtet, die alle Angebote zur Medienkompetenzförderung bündelt und kontinuierlich ausbaut. Die Stelle legt auch einen Schwerpunkt auf den präventiven Jugendmedienschutz, um den Gefahren und Risiken wie Cybermobbing, Hate Speech oder Fake News bei der Nutzung digitaler Medien noch besser zu begegnen. Sie unterstützt Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern durch Informationen über die neuesten Entwicklungen, pädagogische Materialien und aktuelle Fortbildungsangebote zu Fragestellungen rund um das Thema Medienkompetenzförderung. Dabei arbeitet sie u. a. auch mit der Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ des HMDIS zusammen.

Darüber hinaus wird der Schulversuch zum neuen Unterrichtsfach Digitale Welt, das grundlegende Kompetenzen der Informatik mit der in der Berufswelt immer mehr eine Schlüsselrolle einnehmenden ökonomischen und ökologischen Bildung verbindet, im Schuljahr 2023/2024 erheblich ausgeweitet, nachdem an ihm in einer ersten Phase im Schuljahr 2022/2023 zwölf Schulen mit fünften Klassen teilgenommen hatten. Dieses Fach greift auch die Themen Datenschutz, Cyberkriminalität und verantwortungsbewusste Mediennutzung auf.

Um Lehrkräfte aller Schulformen im Umgang mit antidemokratischen Positionen zu stärken, hat das HKM zudem die Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ herausgegeben. In der Handreichung finden sich neben allgemeinen Informationen zur grundrechtsorientierten Demokratiebildung auch konkrete Hinweise zum Umgang mit Extremismus und Antisemitismus in der Schule u. a., potentiell konfliktreichen Unterrichtssituationen, Empfehlungen für den pädagogischen Umgang, passgenaue Unterrichtsmaterialien sowie die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.

Das im HMdIS angebundene HKE administriert das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Über dieses werden vielfältige Maßnahmen gefördert; darunter sind auch Projekte, die sich an jüngere Kinder richten. So zeigt der auf der Internetseite des HKE (→ <https://hke.hessen.de/foerderung/landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-2020-2024>) abrufbare erste Bericht der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2020-2024“, dass in etwas mehr als einem Drittel der Projekte Kinder bis 13 Jahre zu den Hauptzielgruppen zählen (S. 50). Beispielhaft hierfür ist das Projekt „Der interkulturelle Theaterworkshop, Wahrheiten & Narrativen“ des Trägers „Jüdisches Museum der Stadt Frankfurt am Main“ sowie das Projekt „KindGeRecht! Kinderrechte und Demokratie in hessischen Bildungslandschaften von Anfang an“ des Trägers „Makista – Bildung für Kinderrechte und Demokratie e. V.“.

Um die Gesellschaft vor Extremismus zu schützen, versucht das LfV Hessen, möglichst viele Menschen sowohl in staatlichen als auch nichtstaatlichen Stellen über Gefahren, die von extremistischen Bestrebungen ausgehen, aufzuklären. Das LfV Hessen bietet zu sämtlichen extremistischen Phänomenbereichen Fortbildungen an, bei denen es über Ideologiemerkmale, Erscheinungsformen, (Verschwörungs-) Narrative, Strategien und Anhaltspunkte für Radikalisierung informiert. Die Veranstaltungsteilnehmer sollen damit in die Lage versetzt werden, extremistische Bestrebungen, die ihnen möglicherweise im Alltag begegnen, zu erkennen.

Die Multiplikatorenfortbildung des LfV Hessen im Bereich der Extremismus-Prävention für Lehrkräfte dient auch der Früherkennung von extremistischen Radikalisierungsverläufen bei Kindern.

Wiesbaden, 3. September 2023

Peter Beuth